

»Sozialismus des 21. Jahrhunderts« vs. »Kapitalismus pur«

Die antikapitalistische Strömung in der europäischen Linken

Christian Stenner

Während die Ideologeme des ungezügelter Kapitalismus auf offener Bühne von dessen eigenen Fahmenträgern kritisiert werden¹, schafft die Mehrheit der Linken keine befriedigende Analyse der Gründe für die aktuelle Krise – und kann schon gar keine politischen Handlungsanleitungen geben, die über eine Neuauflage keynesianischer Forderungen hinausgehen. Eine Ausnahme bildet die minoritäre und recht heterogene antikapitalistische Strömung, die sich in einigen europäischen Ländern zu entwickeln beginnt.

Die Krise – die ja angeblich schon wieder überwunden ist – sei primär eine der Finanzsphäre, oder zumindest eine, die ihren Ausgang im Finanzsektor genommen und dann die (schuldlose) »Realwirtschaft« in den Abgrund mitgezogen hat. Das ist die Position des Mainstreams und auch der sozialdemokratischen bis linkssozialistischen Linken.

Entsprechend eng ist auch der Kreis der Schuldigen; so sehen etwa die Postkommunisten von der deutschen »Linken« die Rating-Agenturen als Hauptverdächtige im Kreise der Finanzkrisen-Auslöser: »Die fehlerhafte, interessengeleitete Einschätzung von Wertpapieren durch private Rating-Agenturen gehört zu den Hauptursachen der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise«² – darum gelte es, eine staatliche Rating-Agentur zu errichten, die dann objektivere Einschätzungen der Bonität von Derivat-Konstrukten abgeben und solcherart künftige Wirtschaftskrisen unterbinden soll. Von daher ist es nicht weit zur Konstruktion einer Dichotomie zwischen (tendenziell amoralischer) Finanz- und (den Bedürfnissen der Menschen dienender) Realwirtschaft. »Die Finanzmärkte müssen die Realwirtschaft unterstützen anstatt sie – wie derzeit – zu dominieren und zu destabilisieren«³, sagt etwa attac Österreich. Dazu passt z. B., dass die deutsche »Linke« die »Garantie der Bankeinlagen in unbeschränkter Höhe« fordert: Hinter solchen Forderungen steckt nichts anderes als die Mainstream-Anschauung, hinter der wirtschaftlichen Talfahrt stecke bloß eine »Vertrauenskrise« des Bankensektors.

Diese Einschätzung blendet aus, dass es keinen »zweigeteilten« Kapitalismus gibt und die Finanz- und Produktionssphären nur zwei Seiten der gleichen Medaille sind. Sie ignoriert im Besonderen die spezifische Entwicklung der letzten drei Jahrzehnte, nämlich den Zusammenhang zwischen dem weltweit feststellbaren Sinken der Lohnquote und der Zunahme der Finanzaktivitäten: »Die Finanzwelt konnte sich den größten Anteil der Produktivitätsgewinne zu Lasten der Löhne, deren Anteil sank, aneignen«, weist der französische Ökonom Michel Husson anhand der Entwicklung der Parameter Lohnquote, Wirtschaftswachstum, Akkumulation und Profit seit 1961 nach: Bei steigendem Wirtschaftswachstum sinkt der Anteil der Löhne am Volkseinkommen, dem entsprechend steigt die Profitrate, aber die steigenden Profite

werden nicht für reale Investitionen genutzt (weil die Gewinnerwartungen wegen der ausfallenden kaufkräftigen Nachfrage der Löhne sinken), sondern in der Finanzsphäre angelegt⁴. Diese wiederum reißt »alle Schranken zwischen den verschiedenen Verwertungsmöglichkeiten nieder«. Husson – selbst im Umfeld des französischen NPA (Nouveau Parti Anticapitaliste) – sieht damit »das entscheidende Kennzeichen des gegenwärtigen Kapitalismus [...] nicht im Gegensatz zwischen dem industriellen und dem Finanzkapital, sondern in der mittels der Finanzmärkte ins Äußerste getriebenen Konkurrenz zwischen Kapitalen.«⁵ Die einzige kohärente Haltung gegenüber diesem »puren Kapitalismus«, der wesentlich mehr mit dem von Marx im 19. Jahrhundert analysierten gesellschaftlichen Zustand zu tun habe als die nunmehr endgültig abgeschlossene Ära des Nachkriegsbooms, sei der »pure Antikapitalismus«, dieser müsse »ein Ausmaß annehmen, das der Bedrohung angemessen ist, die auf dem Wohlergehen der Menschheit lastet.«

Die EAL: Umgruppierungen und Beteiligung an Wahlen

Auf parteipolitischer Ebene wird diese Haltung derzeit allerdings in der Hauptsache von Organisationen vertreten, von denen nur wenige einen wahrnehmbaren gesellschaftlichen Einfluss ausüben. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um jene Gruppierungen, die sich in der »Europäischen Antikapitalistischen Linken« (EAL) wiederfinden, viele davon sind aus Umgruppierungsprozessen der letzten Jahrzehnte entstanden, in deren Zentrum wiederum Kleinparteien aus dem revolutionärmarxistischen (»trozkistischen«) Spektrum standen. So ging etwa der portugiesische »Bloco de Esquerda« (Linksblock), die auf Wahlebene derzeit erfolgreichste Organisation der EAL,⁶ aus der Fusion von zwei trozkistischen und einer maoistischen Gruppierung und einer »Erneuerer«-Gruppe der kommunistischen Partei hervor; der »Bloco« gehört allerdings nicht nur der EAL an, sondern ist auch Mitglied der eher reformistischen und an der EU orientierten »Europäischen Linken«.

Wichtigste treibende Kraft der EAL ist aber wohl der französische »Nouveau parti Anticapitaliste« (die »Neue Antikapitalistische Partei«) mit ihrem charismatischen Sprecher und Präsidentschaftskandidaten Olivier Besancenot. Der NPA ist die (um einige Tausend neue Mitglieder angewachsene) Nachfolge-Organisation der »Ligue Communiste Révolutionnaire«, der französischen Sektion der Vierten Internationale. Sie konnte sich durch aktive Teilnahme an allen gesellschaftlichen Kämpfen der letzten Jahre in jenen Milieus verankern, die am stärksten von der Offensive des Kapitals und nun auch von der Krise betroffen sind – bei jungen ArbeiterInnen, Prekarierten und den jugendlichen MigrantInnen der zweiten und dritten Generation, denen das aktuelle System jegliche Perspektive verwehrt. Allerdings sind das auch jene gesellschaftlichen Sektoren, die keine Verbesserung ihrer Situation durch Wahlen erhoffen, und so brachte der erste Urnengang nach dem Gründungskongress des NPA, die Europawahl im Juni 2009, zwar einen Achtungserfolg mit 4,9%, aber kein Mandat. Mit einem ähnlichen Ergebnis (und stark unter den Erwartungen) schnitt auch das griechische Bündnis SYRIZA (Koalition der Radikalen Linken) ab, das bei den nationalen Parlamentswahlen 2007 immerhin 5,04% der Stimmen und 14 Sitze errungen hatte.

Wenige Monate vor dem gesamteuropäischen Wahlgang hatten sich die Parteien der EAL Anfang April am Rande der Aktionen gegen den NATO-Gipfel in Straßburg getroffen und unter dem Titel »Nicht die Völker und ArbeiterInnen sollen für die

Krise zahlen, sondern die Kapitalisten!« eine gemeinsame Erklärung verabschiedet,⁷ die »soziale und demokratische Sofortforderungen« enthält. Gegen den Trend und in Übereinstimmung mit der eingangs zitierten ökonomischen Analyse verlangen die unterzeichnenden Organisationen u. a. das Verbot von Entlassungen, eine Erhöhung der Löhne, Arbeitslosengelder und Pensionen in allen Ländern, die Einführung von Mindestlöhnen, Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, den Ausbau der Öffentlichen Dienste und die Schaffung eines einheitlichen öffentlichen Banken- und Finanzwesens unter öffentlicher Kontrolle.

Strategisch setzen die europäischen AntikapitalistInnen auf die Herstellung einer »gemeinsame[n] Opposition gegen die Angriffe von Kapital und Regierungen« und die »Mobilisierung der Bevölkerung«; die Orientierung auf parlamentarische Aktivitäten steht (einstweilen) nicht im Vordergrund. Und sie ziehen die Lehren aus den desaströsen Regierungsbeteiligungen kommunistischer Parteien (v. a. in Frankreich und Italien): Sie lehnen »jedwede Unterstützung und Beteiligung an einer sozialliberalen Regierung unabhängig von der Mitwirkung sozialdemokratischer oder Mittel-Links-Parteien« ab, dies aufgrund der Analyse, dass sich die europäische Sozialdemokratie inzwischen völlig an den Neoliberalismus angepasst habe.

Nötig sei dagegen, heißt es in der Erklärung abschließend, »ein[en] wirkliche[r] Bruch mit dem Kapitalismus und seiner Logik« – die Organisationen der EAL sehen unter wohl absichtlicher Aneignung eines von Hugo Chavez gebrauchten Begriffes die genannten Forderungen »als einen Schritt im Kampf für den Sozialismus des 21. Jahrhunderts«. Was darunter u. a. zu verstehen ist, findet sich im Gründungsdokument des NPA: »Der Sozialismus, der Ökosozialismus ist nichts anderes als die Macht der arbeitenden Menschen in allen Bereichen und auf allen Stufen des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Er ist die Demokratie der assoziierten Produzenten und ProduzentInnen, die frei und souverän entscheiden, was sie wie und zu welchem Ziel produzieren. Eine solche Neuorganisation der Wirtschaft und der Gesellschaft setzt die Emanzipation der Arbeit voraus, die notwendig ist, damit die Kollektive der Werktätigen und der BürgerInnen (citoyen-ne-s) sich wirklich um das Funktionieren der Unternehmen und die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten kümmern können. Eine massive Arbeitszeitverkürzung, die durch den technologischen Fortschritt möglich gemacht wurde und die mit der Abschaffung der Arbeitslosigkeit und der Aufteilung der notwendigen Arbeit auf alle Hand in Hand geht, wird dies ermöglichen.«⁸ Hinter diesen Formulierungen steckt zweifellos die Annahme, dass die aktuelle Entwicklung der Produktivkräfte diese Emanzipation der Arbeit bereits ermöglicht, ganz im Sinne von Marx: »Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muss aufhören die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert des Gebrauchswerts. (...) Damit bricht die auf dem Tauschwert ruhende Produktion zusammen, und der unmittelbare materielle Produktionsprozess erhält selbst die Form der Notdürftigkeit und Gegensätzlichkeit abgestreift. (...) Es ist dann keineswegs mehr die Arbeitszeit, sondern die disposable time das Maß des Reichtums«⁹. Die kommenden Jahre werden zeigen, ob diese Annahmen dem Reality Check standhalten – und ob die Organisationen der antikapitalistischen Strömung eine Fußnote der Geschichte bleiben oder im Kampf gegen die Hegemonie einer kapitalbestimmten Öffentlichkeit eine für die kommenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen entscheidende Größe zu erreichen imstande sind.

Anmerkungen

- 1 Beispielhaft sei hier ein Ausspruch des Investors Warren Buffett zitiert: »Der freie Markt ist ein gutes System für dieses Land. Es hat auch für mich gut funktioniert. Für die Armen in der Welt aber funktioniert dieser freie Markt nicht.«
<http://www.stern.de/wirtschaft/geld/2-warren-buffett-die-freundlichste-heuschrecke-der-welt-605837.html> (Zugriff am 23. 8. 2009).
- 2 <http://www.linksfraktion.de/finanzkrise.php>, Zugriff am 14. 8. 2009
- 3 <http://www.attac.at/casino-schliessen.html>, Zugriff am 1. 8. 2009
- 4 Michel Husson: Kapitalismus pur. Deregulierung, Finanzkrise und weltweite Rezession. Eine marxistische Analyse. Köln: Neuer ISP-Verlag 2009, S.14.
- 5 ebd.
- 6 Der »Bloco« errang 2005 bei den letzten portugiesischen Parlamentswahlen 6,5% der Stimmen und 8 Abgeordnete, seit den Europawahlen vom 17. Juni (10,7%) stellt er drei (vorher 1) Europaabgeordnete.
- 7 Die Erklärung wurde von folgenden Gruppierungen unterzeichnet:
 Belgien: Ligue communiste révolutionnaire / Socialistische Arbeiderspartij,
 Parti socialiste de lutte / Linkse Socialistische Partij
 Britannien: Socialist Party, Socialist Workers Party, International Socialist Group,
 Socialist Resistance
 Deutschland: internationale sozialistische linke, Revolutionär Sozialistischer Bund
 Frankreich: Nouveau Parti Anticapitaliste
 Griechenland: En.anti.a (Antikapitalistisches Bündnis) sowie die Organisationen DEA,
 KEDA, KOE, Kokkino, Roza, Xekinima von Syriza (Bündnis der Radikalen Linken)
 Italien: Sinistra critica
 Polen: Polska Partia Pracy
 Portugal: Bloco de Esquerda
 Schweiz: Gauche Anticapitaliste, Mouvement pour le Socialisme, solidaritéS
 Schottland: Scottish Socialist Party
 Schweden: Socialistiska Partiet
 Spanischer Staat: Izquierda Anticapitalista,
 vgl. http://www.islinke.de/eal/erkl_strasbourg.htm (Zugriff am 14. 8. 2009).
- 8 Principes fondateurs du NPA. <http://www.npa2009.org/node/3057> (Zugriff am 23. 8. 2009),
 Übersetzung durch den Autor.
- 9 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie. Kapitel III: Das Kapitel vom Kapital, Zweiter Abschnitt: Der Zirkulationsprozess des Kapitals, S.592f, Berlin 1953.